



Stadt Hagenow



Niederschrift

Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Hagenow

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.02.2018, 18:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaussaal der Stadt Hagenow, Lange Straße 28-32, 19230 Hagenow
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:35 Uhr

Anwesenheit

Anwesende:

Mitglieder des Gremiums

Herr Franz Antonioli - CDU
Herr Maik Baalhorn - CDU
Frau Carsta Benzien - CDU
Herr Klaus Jensen - CDU
Herr Volker Jessel - CDU
Herr Gert-Dieter Schlink - CDU
Herr Detlef Schlüter - CDU
Frau Beate Schmülling - CDU
Frau Sylvia Schulz - CDU
Herr Dietmar Speßhardt - CDU
Herr Frank Kowallek - DIE LINKE
Frau Hannelore Kryzak - DIE LINKE
Herr Harald Laabs - DIE LINKE
Frau Dr. Helga-Marie Meier - DIE LINKE
Herr Dieter Opitz - DIE LINKE
Herr Klaus Palletschek - DIE LINKE
Herr Olaf Schönfeldt - DIE LINKE
Herr Hartwig Wrankmore - DIE LINKE
Herr Siegfried Möller - SPD

Herr Heinrich Narten - SPD

Herr Marco Prieß - SPD

Frau Nicole Welzel - FDP

Verwaltung

Herr Rene Jarsch - IT- Mitarbeiter

IT- Mitarbeiter bis 19:15 Uhr

Herr Thomas Möller - Bürgermeister

Herr Erik Hofmann - Stadtrat

Herr Roland Hochgesandt - Stadtrat

Herr Dirk Wiese - Fachbereichsleiter

Herr Roland Masche - Wirtschaftsförderer/Controller

Frau Heike Schweda - Gleichstellungsbeauftragte

Ortsteilvertreter

Herr Holger Fitzner -

OT Viez

Frau Regina Schlüter -

OT Hagenow Heide

Frau Hildegard Schmedemann -

OT Viez

Gäste

Interessierte Bürgerinnen und Bürger -

Herr Nitsche -

Pressevertreter SVZ

Abwesende:

Mitglieder des Gremiums

Frau Britta Heinrich - SPD

entschuldigt

Frau Helga Lagemann - SPD

entschuldigt

Herr Michael Wodke - SPD

entschuldigt

Verwaltung

Frau Birgit Heimke - Teamleiterin

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Information über gefasste Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der vorangegangenen Sitzung
- 4 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 5 Bericht des Bürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Anfragen der Stadtvertreter und Ortsteilbeiräte aus aktuellem Anlass
- 7 Billigung der Sitzungsniederschrift vom 14.12.2017
- 8 Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses im Jahr 2017 (s. Anlage)
- 9 Beschluss der Stadt Hagenow über die Aufstellung einer Außenbereichssatzung für den südlichen bebauten Bereich an der Dorfstraße zwischen Bellevue und der Ortslage Scharbow nach § 35 Abs. 6 BauGB und über die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Außenbereichssatzung Scharbow nach § 35 Abs. 6 BauGB 2018/0001
- 10 Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 5 der Stadt Hagenow "Wohnbebauung in Scharbow, Dorfstraße 55" 2018/0002
- 11 Abwägungsbeschluss nach § 3 Abs. 2 BauGB über die eingegangenen Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Rudolf-Tarnow-Straße" bestehend aus zwei Geltungsbereichen - Änderung nach § 13a BauGB Bebauungspläne der Innenentwicklung 2018/0003
- 12 Satzung der Stadt Hagenow über die Erhebung von Verwaltungskosten 7/0053/01/01
- 13 Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Betreuung und Gestaltung der Kitas der Stadt Hagenow 2018/0004
- 14 Freischaltung von JavaScript auf den iPads der Gremienmitglieder 2018/0005

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Stadtvertretervorsteherin Frau Dr. Meier begrüßt die Damen und Herren Stadtvertreter, die Ortsteilbeiräte, den Bürgermeister, die Vertreter der Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger sowie den Vertreter der Presse.

Frau Dr. Meier stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. Von 25 Stadtvertretern sind 22 Stadtvertreter anwesend, drei Stadtvertreter sind entschuldigt.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Karl-Heinz Lentz macht auf Schäden an Gehwegplatten in der Hirtenstraße / Einmündung Bergstraße aufmerksam. Im Sommer letzten Jahres seien in diesem Bereich Gehwegplatten ausgebessert worden, die jedoch nach relativ kurzer Zeit wieder beschädigt waren. Verursacher seien Liefer- / Entsorgungsfahrzeuge, da diese den Bürgersteig befahren. Herr Lentz fragt an, inwieweit seitens der Verwaltung hier Reparaturmaßnahmen vorgesehen sind, um diese Unfallquellen zu beseitigen.

Als ein weiteres Problem nennt Herr Lentz die unzureichenden Container für die Entsorgung von Altglas, Papier und Wertstoffen für die „Gelbe Tonne“. Er möchte wissen, ob und wie dieser Zustand verbessert werden soll.

Mit Bezug auf die erste Anfrage verweist der Bürgermeister auf eine vorzunehmende Prüfung durch den zuständigen Fachbereich III (Bau).

Der Hinweis zu den nicht ausreichenden Wertstoffcontainern im Stadtgebiet werde an den Landkreis Ludwigslust-Parchim gegeben, mit der Bitte, die einzelnen Wertstoffcontainerplätze noch einmal zu überprüfen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

3. Information über gefasste Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der vorangegangenen Sitzung

Frau Dr. Meier teilt mit, dass in der Stadtvertretersitzung am 14.12.2017 keine

Beschlüsse gefasst worden sind, da für den nichtöffentlichen Teil keine Beschlussvorlagen vorgelegen haben.

4. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Änderungsanträge werden nicht gestellt. Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

5. Bericht des Bürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Sehr geehrte Frau Stadtvertretervorsteherin,

sehr geehrte Damen und Herren Stadtvertreter und Ortsteilvertreter,

sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste,

ich begrüße Sie recht herzlich zur heutigen Sitzung der Stadtvertretung.

Die Beschlüsse des Hauptausschusses, die in der Sitzung am 22.01.2018 vorbereitet worden sind, liegen heute der Stadtvertretung zur Entscheidung vor.

Wichtige Angelegenheiten aus der Arbeit der Stadtverwaltung:

Haushaltssatzung des städtebaulichen Sondervermögens „Sanierungsgebiet Zentrum“ für das Haushaltsjahr 2017

Die von der Stadtvertretung am 28.06.2017 beschlossene Haushaltssatzung des städtebaulichen Sondervermögens „Sanierungsgebiet Zentrum“ für das Haushaltsjahr 2017 wurde am 28.12.2017 von der Rechtsaufsichtsbehörde als angezeigt mit Hinweisen zur Kenntnis genommen.

Straßen- und Tiefbaumaßnahmen:

Ausbau der Hagenower Straße in Hagenow Heide - Landesstraße 04

Zurzeit sind keine Bautätigkeiten aufgrund der Winterpause zu verzeichnen. Nach derzeitigem Stand sollen die Arbeiten am 05.03.2018 wieder aufgenommen werden, d.h., dass ab 05.03.2018 dann wieder eine Vollsperrung gilt.

Straßenbeleuchtung in der Rudolf-Tarnow-Straße, Umrüstung auf LED im Rahmen der Klimaschutzförderrichtlinie

Der Auftrag zur Durchführung der Maßnahme ist erteilt. Die Arbeiten sollen noch im ersten Quartal beginnen.

WC-Anlagen im Stadtgebiet

Den gestern in der SVZ erschienenen Artikel „Stadt behindert die Toilettennutzung“ können wir so nicht stehen lassen:

Die angeführte Kritik ist zum Großteil unberechtigt.

Ja, es ist richtig, dass die Aufrechterhaltung der barrierefreien Nutzung der Toilettenanlagen im Stadtgebiet nicht einfach ist. Dass es hierbei auch immer Probleme gibt, ist selbstredend.

Aber, wer dafür die Stadt Hagenow verantwortlich macht, macht es sich zu einfach, zumal wir für uns verbuchen, gemeinsam mit dem Senioren- und Behindertenbeirat Lösungen für die Barrierefreiheit in der Stadt zu erzielen.

Den geschilderten Problemen liegen Ursachen zugrunde:

Die Aussage, dass die Stadt zusätzlich ein zweites Schloss angebracht hat, ist falsch. Es handelt sich um werksseitig gefertigte Türen und Schlosssysteme, die marktüblich eingesetzt werden.

Es gibt an den Behinderten-WCs verschiedene Schließvorrichtungen.

Nur einen Zustand kann die Stadt Hagenow beeinflussen, nämlich, wenn die Toilettenanlagen mal wieder durch Vandalismus so geschädigt werden, dass sie über das normale Schließzylinderschloss verriegelt werden müssen, bis die Reparatur erfolgt ist. Hier stimmen sich die Reinigungsfirma und der Bauhof der Stadt bezüglich der Schadensmeldungen eng ab.

Allein im Jahr 2017 waren Reparaturaufwendungen zur Beseitigung von Schäden durch Vandalismus an den Toilettenanlagen in Höhe von 12 T€ erforderlich.

Was auch sogenannten „Dummenjungenstreichen“ zuzuschreiben ist, sind Manipulationen an der Innenverriegelung. Diese ist dafür da, dass bei Alarmierung im Notfall dem Insassen von außen geholfen werden kann. Sobald diese Verriegelung durch ein Münzstück o.ä. gedreht wird, ist das WC verschlossen und der Zugang für Rollstuhlfahrer von außen nicht mehr möglich.

Der betreffenden Bürgerin wurde durch einen Mitarbeiter der Stadt der Vorschlag gemacht, sich vor Ort gemeinsam einen Eindruck von den Problemen zu machen, dies wurde aber abgelehnt.

Eine entsprechende Antwort ist an die Presse ergangen.

Aktuell sind wieder Schäden durch Vandalismus aufgetreten. Eine erst in der vergangenen Woche reparierte Tür am WC-Häuschen wurde erneut beschädigt und Wände mit Graffiti beschmiert. Hier stehen wir vor einem großen Problem.

Angedacht ist nun eine Gesprächsführung mit dem Datenschutzbeauftragten, um die Möglichkeit der Einrichtung einer Videoüberwachung an WC-Anlagen zu besprechen.

Gestaltung Lindenplatz im Rahmen der Städtebaulichen Erneuerung „Zentrum“

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr soll am 27.02. bzw. 15.05.2018 die Gestaltung in Vorbereitung des Förderantrags beraten werden. Wie bereits angekündigt, werden dazu dann die Workshop- Teilnehmer aus der Veranstaltung vom Oktober gesondert eingeladen.

Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege wurde im Termin am 09.01.2018 in die

Planungen einbezogen. Ein weiterer Termin ist für den 08.02.2018 geplant.

Grundsätzliches zur Städtebauförderung:

Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V hat aufgrund des hohen Sanierungsstandes im Zentrum die Beendigung der Gesamtmaßnahme Stadtsanierung „Zentrum“ in Beantwortung des Programmantrages 2017 in Aussicht gestellt. Wir haben das Ministerium zu einem Ortstermin am 07.02.2018 eingeladen, da wir das anders sehen.

Maßnahmen an Gebäuden und Grundstücken:

Kleinsportanlage für die Stadtschule am Mühlenteich im Rahmen der Städtebaulichen Erneuerung „Zentrum“

Es ist eine Änderung des Antrages durch das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V angefordert worden:

Änderung der 30 m-Sprintgeraden in 50 m nach aktueller Vorgabe des Bildungsministeriums.

Der Antrag muss nun noch einmal angepasst werden. Wir halten aber an der Durchführung der Baumaßnahmen in 2018 fest.

Förderanträge im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung:

1. Förderaufruf: Europaschule – Bauteil Hort

Die europaweite Veröffentlichung zur Vergabe der Planung startete am 29.01.2018; Vergabe der Planungsleistungen ist für Ende Mai / Anfang Juni geplant, realistischer Baubeginn 2019.

Zur Europaschule selbst komme ich im nichtöffentlichen Teil zurück.

2. Förderaufruf: Projekt „Kita Regenbogenland“ :

Ablehnung gemäß Schreiben vom 09.01.2018 aufgrund des begrenzten Förderbudgets.

Die Antwort zum Vorhaben „Grünzug an der Schmaar - Hagenstraße“ steht noch aus.

Erweiterung Kita „Kleine Nordlichter“

Die Stadt Hagenow hatte einen Antrag auf Fördermittel zur Erweiterung der Kita „Kleine Nordlichter“ aus dem Bundesprogramm „Kita-Invest 2017-2020“ gestellt. Für den gesamten Landkreis Ludwigslust-Parchim stehen 2,7 Mio. Euro für den Förderzeitraum zur Verfügung. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim, Jugendhilfeplanung, votiert das Vorhaben nicht, da mit der Fertigstellung des neuen Hortgebäudes am Kietz Flächen im alten Gebäude der Kita „Regenbogenland“ frei werden. Auch nach 2020 sollen weitere Fördermittel seitens des Bundes zur Verfügung stehen.

Kindertagesstätte „Matroschka“ – Mehrzweckraum

Die Baumaßnahme ist abgeschlossen; die Nutzungsaufnahme erfolgt am 05.02.2018.

Sportplatz Parkstraße

Die Baufirma wurde zum Rückbau der Baustraße und zur Durchführung der Anschlussarbeiten an den verbliebenen Toilettencontainern aufgefordert, der geplante Beginn am 24.01. musste seitens der Baufirma noch einmal verschoben werden. Der Endtermin zum Spielbeginn auf dem Platz ist aber zwingend einzuhalten.

Maßnahmen aus dem Bereich Umwelt und Energie:

Projekt zur Verbesserung der Gewässergüte der Schmaar (naturnahe Gewässermaßnahmen und Sedimententnahme)

Ein Signal zur Förderung vom Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt liegt leider noch immer nicht vor. In Abhängigkeit davon streben wir einen Teilmaßnahmenbeginn noch bis zum Frühjahr 2018 an.

110- KV- Freileitung der WEMAG im Stadtgebiet

Die WEMAG verfolgt mit ihrem derzeitigen Verfahren den Erhalt der Bestands-Trasse, hält nach eigenen Angaben aber die Option für Änderungen offen. Unser angeforderter Termin beim Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V findet dazu am 06.03.2018 statt. Sollten wir die Genehmigung erhalten, ein Biotop hinter der Feuerwehr zu überbauen, stehen die Chancen gut, dass wir die 110-KV-Leitung aus dem Stadtgebiet herausbekommen.

Erweiterung Mecklenburger Kartoffelveredlung GmbH - Emsland Group

Am 18.12.2017 fand ein Termin zur geplanten Erweiterung der MKV- Emsland Group statt. Die Produktionskapazität soll verdoppelt werden.

Ein Gespräch mit den am Projekt beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurde bereits geführt, um etwaige Probleme von vornherein aus dem Weg zu räumen.

Deutsche Bahn – Barrierefreiheit auf dem Bahnhof Hagenow- Land

Leider hat die Deutsche Bahn Station und Service den geplanten Termin am 29.01.2018 kurzfristig abgesagt. Ein neuer Termin steht noch nicht fest, die Teilnehmer werden informiert.

Parkraumkonzept

Es ist eine Auftaktveranstaltung für interessierte Bürgerinnen und Bürger am 15.03.2018 um 18:30 Uhr im Rathaussaal geplant. Eine entsprechende Information wird auf der Homepage der Stadt Hagenow sowie in den „Hagenower Blättern“ erfolgen. Weiterhin sind wir angehalten, im Bereich des Straßenverkehrs in diesem Jahr weitere Maßnahmen zur Umsetzung der EU- Umgebungslärmrichtlinie, Lärmaktionsplanung, vorzunehmen.

Gewerbeflächenentwicklung im Sudenhof / Munitionsberäumung für den Bebauungsplan 41

Auf Basis der Abstimmung mit dem Munitionsbergungsdienst des zuständigen Landesamtes des Ministeriums für Inneres und Europa M-V wird die Ausschreibung für die Munitionsberäumung vorbereitet. Parallel dazu ist eine Anfrage bei der Landesforst nach Waldersatzflächen gestellt worden; ansonsten müssten anderweitig ca. 5 ha Land bereitgestellt werden.

Sportplatz in Viez

Vom Ortsteilbeirat liegt eine Anfrage zu Veränderungen des Sportplatzes hinsichtlich der Schaffung einer Stellplatzanlage vor. Die Thematik wird zunächst im zuständigen Ausschuss für Schule, Kultur und Sport behandelt.

Änderung der Wahlbezirke

Die Stadt Hagenow ist zurzeit in 11 Wahlbezirke aufgeteilt. In den Schulen auf dem Kietz und in der neuen Heimat sind zwei Wahlbüros untergebracht. Diese sollen zusammengelegt werden. In jeder Schule wird ein Wahlbüro für einen Wahlbezirk zuständig sein. Im Ergebnis werden die Wahlbezirke drei und vier sowie sieben und acht zusammengelegt.

Die neue Einteilung der Wahlbezirke wird in den „Hagenower Blättern“ sowie im Internet bekanntgemacht. Für die Wähler ändert sich das Wahlbüro nicht. In Viez wird das Wahlbüro in das Dorfgemeinschaftshaus verlegt. Im Ergebnis wird der Wahlbereich Hagenow in neun Wahlbezirke eingeteilt.

Startschuss für Tourismuskonzept

Am 16. Januar fand im Rathaus Wittenburg die Auftaktveranstaltung zum interkommunalen Tourismuskonzept S³ statt. Dabei wurden erste Ergebnisse der Analyse der Region vorgestellt. Des Weiteren wurden die Handlungsfelder (Tourismus, Kultur, Einzelhandel, Infrastruktur) festgelegt und dazu wiederum Themenkomplexe gebildet. Im zweiten Schritt erfolgen jetzt Expertengespräche auf der Ebene der gesamten Region. Danach geht es dann in die Kommunen. Das Konzept soll bis Oktober 2018 stehen.

Neue Rufbushaltestellen für Hagenow

Aktuell führt die Stadtverwaltung Gespräche mit der Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim über die Einrichtung weiterer Rufbushaltestellen.

Firma Carl Kühne investiert weiter in Hagenow

Die Carl Kühne GmbH & Co. KG plant für dieses Jahr den Umbau ihres Logistikbereiches in ein vollautomatisches Hochregallager.

Dafür sind ca. 3 Mio. € vorgesehen. Mit der Verdoppelung der Essigproduktion und dem weiteren Ausbau der Soßenherstellung wird das Unternehmen im Zeitraum von 2016 bis 2018 ca. 10 Mio. € am Standort Hagenow investiert haben.

Die Durchführung der jährlichen Berufsinformationsmesse wird dadurch nicht gefährdet.

650 Jahre Stadtrecht

1970 wurde in Hagenow 600 Jahre Ersterwähnung des Stadtrechts gefeiert.

2020 hat Hagenow die Möglichkeit, das 650-ste Jubiläum zu begehen. Hier ist es langfristig notwendig, sich Gedanken darüber zu machen, ob und was die Stadt Hagenow auf die Beine stellen möchte. Das verbriefte Stadtrecht erhielt Hagenow erst 1754.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

6. Anfragen der Stadtvertreter und Ortsteilbeiräte aus aktuellem Anlass

1. Zum aktuellen Thema „Schäden durch Vandalismus an den WC-Anlagen“ erkundigt sich Herr Opitz nach den Standorten, an denen sich derartige Schäden schwerpunktmäßig konzentrieren, um hier dann ggf. eine Videoüberwachung vorzunehmen.

In seiner zweiten Anfrage bezieht sich Herr Opitz auf die geplanten Maßnahmen Rückbau der Baustraße / Anschluss WC-Container auf dem Sportplatz in der Parkstraße und fragt an, ob es dafür Terminvorgaben gibt oder wir uns jetzt nach dem Zeitplan der Firma richten.

Nach Auskunft des Fachbereichsleiters Herrn Wiese – zu Anfrage 1 – sind die WC-Anlage auf dem großen Parkplatz und die WC-Anlage am ZOB (Stadtbahnhof) Schwerpunktbereiche, an denen immer wieder Schäden durch Vandalismus auftreten.

Zu den Maßnahmen auf dem Sportplatz in der Parkstraße verweist Herr Wiese auf die Möglichkeit, noch einige Tage abzuwarten und dann per Ersatzvornahme ein anderes Unternehmen damit zu beauftragen.

2. Herr Baalhorn greift ebenfalls die Thematik „Vandalismus an den WC-Anlagen“ (Presseartikel) auf und gibt zu verstehen, dem Bürgermeister in dem Punkt zuzustimmen, dass die immer wieder auftretenden Vandalismusschäden an den WC-Anlagen ein großes Problem für die Stadt darstellen. Berechtigt sei jedoch der im Presseartikel genannte Kritikpunkt zu der sehr langen Bearbeitungszeit. Seit etwa einem halben Jahr habe die Bürgerin versucht, das Thema mit der Stadt zu klären und eine Lösung zu finden. Generell sei die Beantwortung von Bürgeranfragen, auch hier in der Stadtvertretung, nicht zufriedenstellend. So habe sich z.B. Frau Jürgens am 28.09.2017 darüber beschwert, dass Ihre Anfragen innerhalb von 10 Monaten nicht beantwortet wurden. Auch er persönlich warte noch immer auf eine Antwort seitens der Verwaltung auf sein Schreiben vom 08.10.2017. Es könne nicht sein, dass auf Schreiben bzw. Anfragen gar nicht reagiert wird. Auch wenn nicht jede Anfrage sofort vollumfänglich beantwortet werden kann, sollte der Bürger zumindest einen Zwischenbescheid bekommen. Dieser Kritik müsse sich die Verwaltung stellen.

Bürgermeister Herr Möller räumt die teilweise Nichteinhaltung der Bearbeitungsfristen von Bürgeranfragen bzw. Bürgeranliegen ein. Diese Kritik nehme er zum Anlass, entsprechende Maßnahmen innerhalb des Hauses zu ergreifen, mit der Maßgabe, künftig eine zeitnahe Beantwortung vorzunehmen und den Bürger auch in einem Zwischenbescheid zu informieren.

3. Herr Schlüter drückt sein Missfallen über den sehr kurzfristig abgesagten Termin seitens der Deutschen Bahn aus. Es gebe eine Reihe von Problemen im Bereich der Eisenbahnstrecken in unserem Stadtgebiet, die gelöst werden müssen. Seit Jahren versuche man schon hier Verbesserungen zu erreichen. Dass diese Einstellung nicht akzeptabel ist, sollten wir der DB in geeigneter Weise mitteilen.

Ein wichtiges Thema sei auch der Lärmschutz in Hagenow Heide an der Bahnstrecke Hamburg-Berlin. Darüber sei in der Vergangenheit ebenfalls mehrfach mit der DB gesprochen worden, der Beginn entsprechender Maßnahmen evtl. ab 2018 in Aussicht gestellt. Auf der Grundlage der 16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz stünden jährlich über 100 Mio. € für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung. In anderen Regionen, z.B. Richtung Hamburg, seien Aktivitäten auf dem Gebiet Lärmschutz zu beobachten, hier passiere gar nichts. Auf einer interaktiven Karte, die die DB ins Internet gestellt hat, könne man die Immissionswerte nachlesen. Im Bereich Hagenow-Land betragen die Messwerte 65 bis 70 Dezibel, bis hin zur

Lindenallee. Herr Schlüter bittet den Bürgermeister, den „Lärmschutz“ in Hagenow Heide, Hagenow-Land und im neuen Wohngebiet zur Chefsache zu erklären.

Bürgermeister Herr Möller kündigt an, die Gespräche mit der DB auf jeden Fall weiterzuführen, um die anstehenden Probleme zu lösen. In der Prioritätenliste sei Hagenow aber schon recht gut eingestuft. Auf Bitten der DB sollen genaue Zahlen dazu jedoch noch nicht bekannt gegeben werden.

Herr Schlüter bittet darum, schon konkrete Zahlen zu benennen und auch öffentlich bekannt zu machen. Wer nicht aktiv ist und mit Nachdruck handelt, werde auch keine Maßnahmen umgesetzt bekommen.

4. Herr Prieß fragt an, warum eine Änderung der Wahlbezirke vorgenommen wird.

Bürgermeister Herr Möller verweist auf eine Änderung des Wahlgesetzes (Wahlbüros können für eine größere Anzahl von Wählern eingerichtet werden) und auf den Anstieg von Briefwählern, so dass ein zusätzlicher Briefwahlvorstand bei Bedarf eingerichtet wird.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

7. Billigung der Sitzungsniederschrift vom 14.12.2017

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Einwände bzw. Änderungen gebilligt.

8. Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses im Jahr 2017 (s. Anlage)

Stadtvertretervorsteherin Frau Dr. Meier übergibt das Wort an Frau Bahr, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses.

Frau Bahr gibt folgenden Bericht:

Vorbemerkungen:

Die Kompetenzen der örtlichen Prüfung werden durch das KPG M-V geregelt. Dieses normiert mithin die Aufgaben und Befugnisse der örtlichen Rechnungsprüfung. Für die örtliche Rechnungsprüfung in Hagenow ist der Rechnungsprüfungsausschuss zuständig.

Gemäß § 3 Abs. 3 KPG M-V hat die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) einmal jährlich schriftlich der Stadtvertretung über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung zu berichten.

Bezugnehmend auf den vorhergehenden Jahresbericht lege ich meiner Berichterstattung nunmehr den Berichtszeitraum vom

01. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017

zugrunde.

Die Tagesordnung des RPA wird durch den Ausschussvorsitzenden festgesetzt. Im Berichtszeitraum hat der Rechnungsprüfungsausschuss insgesamt zehn Mal getagt. Der Rechnungsprüfungsausschuss berät in den Angelegenheiten der örtlichen Prüfung in der Regel nichtöffentlich. Dieses ist durch die Kommunalverfassung und die Hauptsatzung ausdrücklich legitimiert.

Gleichwohl hat die Öffentlichkeit einen Anspruch, zu erfahren, was inhaltlich hinter verschlossenen Türen des Rechnungsprüfungsausschusses beraten wird. Unter Berücksichtigung dessen, dass weder Persönlichkeitsrechte noch andere rechtlich begründete Rechte verletzt werden, berichte ich hiermit nur kurz.

Der ausführliche Tätigkeitsbericht ist in „ALLRIS“ nachzulesen.

Hinweise an die Verwaltung und Zielstellungen 2017:

Ziel der Arbeit des RPA ist es, der Stadtverwaltung Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Handeln im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dafür soll die Verwaltung die Hinweise und Feststellungen des RPA nutzen. Die Ergebnisse der Arbeit des RPA in 2017 sowie die Empfehlungen sind in der Anlage dargestellt.

Im Prüfungszeitraum vom 01. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 erkannte Feststellungen wurden einstimmig durch die Mitglieder des RPA bestätigt. Die Verwaltungsmitarbeiter nehmen die Hinweise des RPA auf und setzen diese konstruktiv um.

Als **Empfehlungen** aus den Prüfungen in 2017 haben wir in Richtung der Stadtverwaltung folgende Empfehlungen herausgearbeitet:

Vermerkt werden soll jedoch auch, dass sich der Prozess für die Umsetzung von Feststellungen teilweise deutlich in die Länge zieht. Damit sind Umsetzungszeiten von mehr als einem Jahr keine Seltenheit. Dies ist aus Sicht des RPA nicht akzeptabel. Diese Umsetzungszeiten müssen sich deutlich verbessern. In diesem Zusammenhang ist eine Umsetzungsübersicht durch den RPA erarbeitet worden; diese soll im Fachbereich Controlling durch die Verwaltung geführt werden.

Gleiches gilt für die Aktualisierung von Verrechnungspositionen, hier Benutzungsgebühren. Die Kostenverrechnungssätze liegen derzeit aus dem Jahr 2014 vor. Zur Aktualisierung liegen die Verrechnungssätze auf Grundlage von Zahlen per 31.12.2016 vor. Diese werden vom Bauhof der Stadt erstellt. Der RPA empfiehlt der Verwaltung, die Aktualität kontinuierlich nach Erstellung eines jeden Jahresabschlusses vorzunehmen. Gleichzeitig ist die Organisation und Verantwortlichkeit für die Berechnung der Verrechnungskosten und den Aufbau eines entsprechenden Controllingsystems in die Stabstelle Controlling (Ergebniscontrolling) zu verlegen.

Auch im Hinblick auf die Information der Verwaltung über Straßenausbaubeiträge wurde empfohlen, in den Vorausleistungsbescheiden genauer auf Positionen hinzuweisen, die nicht abschließend bestimmt werden können. In diesem Zusammenhang wurde ein konsequentes Anwenden der Checkliste im Investitionscontrolling (SOLL/IST) empfohlen.

Für die Umsetzung städtischer Projekte wird zunehmend auf extern erstellte Konzepte zurückgegriffen. Für einige Konzeptionen mag dies eine sinnvolle Ergänzung sein, da externe Vergleichsdaten herangezogen werden können, die der Stadtverwaltung nicht zur Verfügung stehen.

Dennoch erscheint dem RPA eine Analyse der externen Konzepte sinnvoll und empfiehlt der Verwaltung eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der Notwendigkeit (Prozesscontrolling).

Als **Aufgaben** für das kommende Prüfungsjahr 2018 haben wir der Verwaltung neben den gesetzlich vorgegeben Aufgaben des RPA folgende Prüfungsgebiete aufgegeben:

Freiwillige Ausgaben:	Überprüfung der Vergaben von freiwilligen Ausgaben im Bereich Sport/Soziales
Prozesscontrolling:	Überprüfung zu den ausgelagerten Prozessen/ Outsourcing
Investitionscontrolling:	Umsetzung Kostencontrolling im Bereich Hoch- und Tiefbau
Kostencontrolling:	Periodische Überprüfungen der Kostenansätze bei den Gebühren

Neben diesen weiteren Aufgaben, denen sich der RPA stellt, wird in 2018 auch der Jahresabschluss für 2015 und 2016 zu prüfen sein.

Frau Bahr bedankt sich bei den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses und bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Stadtvertretervorsteherin Frau Dr. Meier dankt Frau Bahr für ihre Ausführungen.

Herr Opitz lobt den sehr ausführlichen und detaillierten Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, der uns einen guten Ansatz für unsere weitere Arbeit bietet. Dankesworte richtet er ebenfalls an die Mitglieder des Ausschusses, insbesondere an Herrn Wodke für seine Bemühungen bei der Erarbeitung des Tätigkeitsberichtes.

9. Beschluss der Stadt Hagenow über die Aufstellung einer Außenbereichssatzung für den südlichen bebauten Bereich an der Dorfstraße zwischen Bellevue und der Ortslage Scharbow nach § 35 Abs. 6 BauGB und über die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Außenbereichssatzung Scharbow nach § 35 Abs. 6 BauGB 2018/0001

Beratungsergebnis aus den vorberatenden Gremien:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Hauptausschuss:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Für den südlichen bebauten Bereich an der Dorfstraße zwischen Bellevue und der Ortslage Scharbow soll eine Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB aufgestellt werden.
2. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Hagenow öffentlich bekanntzumachen.
3. Der Entwurf der Außenbereichssatzung Scharbow für den südlich bebauten Bereich an der Dorfstraße zwischen Bellevue und der Ortslage Scharbow und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
Anlage 1 zum Beschluss: Begründung und Planzeichnung
4. Der Entwurf der Außenbereichssatzung Scharbow für den südlichen bebauten Bereich an der Dorfstraße zwischen Bellevue und der Ortslage Scharbow und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

22	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----	------------	---	--------------	---	--------------

10. Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 5 der Stadt Hagenow "Wohnbebauung in Scharbow, Dorfstraße 55" 2018/0002

Beratungsergebnis aus den vorberatenden Gremien:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Hauptausschuss:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Hagenow fasst den Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 5 der Stadt Hagenow "Wohnbebauung in Scharbow, Dorfstraße 55".
2. Der Plangeltungsbereich befindet sich im Ortsteil Scharbow, östlich der Dorfstraße und wird wie folgt begrenzt:
 - im Norden: durch einen vorhandenen Graben (Vorflut),
 - im Osten: durch Flächen für die Landwirtschaft,
 - im Süden: durch einen unbefestigten Weg,
 - im Westen: durch die Dorfstraße.

3. Das Planungsziel besteht in der Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der vorhandenen Bebauung mit Integration einer Betreiberwohnung und zugehörigen Nebengebäuden und Garagen.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
5. Der Antragsteller verpflichtet sich, die Kosten für das Bauleitplanverfahren zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

22	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----	------------	---	--------------	---	--------------

- 11. Abwägungsbeschluss nach § 3 Abs. 2 BauGB über die eingegangenen Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Rudolf-Tarnow-Straße" bestehend aus zwei Geltungsbereichen - Änderung nach § 13a BauGB Bebauungspläne der Innenentwicklung** 2018/0003

Beratungsergebnis aus den vorberatenden Gremien:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Hauptausschuss:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 „Rudolf-Tarnow-Straße“ hat die Stadtvertretung geprüft und mit folgendem Ergebnis gemäß Abwägungsprotokoll (Anlage) abgewogen:
 - a) berücksichtigt werden Anregungen von:
 - HanseGas GmbH
 - Landesamt für innere Verwaltung M-V
 - Stadtwerke Hagenow GmbH
 - Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz M-V
 - Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg
 - Vodafone Kabel Deutschland GmbH
 - Landkreis Ludwigslust-Parchim
 - Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg
 - WEMAG AG
 - Bürger 1

- b) teilweise berücksichtigt werden Anregungen von:
- Landkreis Ludwigslust-Parchim, Bereich Immissionsschutz
- c) nicht berücksichtigt werden Anregungen von:
- keine
- d) beteiligte Behörden und sonstige TÖB und Nachbargemeinden, die keine Hinweise und Anregungen in der Stellungnahme vorgetragen haben, werden zur Kenntnis genommen:
- 50Hertz Transmission GmbH
 - Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V
 - Forstamt Radelübbe
 - Wasser- und Bodenverband Boize-Sude-Schaale
 - GDMcom
 - Landgesellschaft M-V mbH
 - Straßenbauamt Schwerin
 - Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V
 - Gemeinden Bandenitz, Bobzin, Gammelín, Hülseburg, Kirch Jesar, Kuhstorf, Moraas, Pätow-Steegen, Redefin, Setzin, Toddin und Warlitz

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit, die Stellungnahmen erhoben haben, von dem Ergebnis der Abwägung mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

22	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----	------------	---	--------------	---	--------------

12. Satzung der Stadt Hagenow über die Erhebung von Verwaltungskosten

7/0053/01/01

Beratungsergebnis aus dem vorberatenden Gremium:

Hauptausschuss:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die überarbeitete Satzung der Stadt Hagenow über die Erhebung von Verwaltungskosten einschließlich der Gebührentabelle laut Anlage.

Abstimmungsergebnis:

22	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----	------------	---	--------------	---	--------------

13. Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Betreuung und Gestaltung der Kitas der Stadt Hagenow - 2018/0004

Der Antrag wurde im Hauptausschuss am 22.01.2018 vorberaten und zur Kenntnis genommen.

Frau Benzien zeigt sich sehr erfreut über den heute vorliegenden fraktionsübergreifenden Antrag, der ursprünglich von der CDU-Fraktion auf den Weg gebracht wurde. Schon seit langem beschäftige man sich mit den Kitas in verschiedenen Ausschüssen und in der AG „Kita“, jedoch fehle ein Gesamtkonzept. Mit dem heute vorgelegten Antrag soll nun ein Gesamtkonzept für die Betreuung und Gestaltung der Kitas der Stadt Hagenow erstellt werden. Es sei allen gedankt, die daran mitgearbeitet haben. Dies werde als Arbeitsgrundlage für die weitere Gestaltung der Kitalandschaft in unserer Stadt gesehen. Eine Begleitung durch die Fraktionen werde es auch weiterhin geben.

Herr Möller, S. erkundigt sich nach der Möglichkeit der Einsichtnahme in das Gesamtkonzept, wenn dieses eingereicht wird. Die Ausschreibung müsse seines Erachtens dann bis Mitte März erfolgen.

Bürgermeister Herr Möller sieht keine Bedenken für die Einsichtnahme in das Gesamtkonzept. Diese werde auch bereits im Rahmen der AG „Kita“ gewährleistet. Die Ausschreibung erfolge ebenfalls in gemeinsamer Abstimmung.

Frau Benzien betont nochmals, dass im Ergebnis ein tragfähiges Konzept vorgelegt werden soll, das die Weichen für die Zukunft stellt.

Mit Bezug auf die Ausschreibung erachtet es Herr Opitz für notwendig, sich vorab noch einmal zu beraten und darüber zu verständigen, welche Aufgaben extern erledigt werden müssen und welche Aufgaben seitens der Verwaltung zu erfüllen sind.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 30.09.2018 ein Gesamtkonzept für die Betreuung und Gestaltung der Kitas in Trägerschaft der Stadt Hagenow zu erstellen. Das Konzept soll eine Gegenüberstellung der Kosten aller Kitas in Trägerschaft der Stadt Hagenow enthalten, im Vergleich zu einer freien sowie einer vergleichbaren kommunalen Trägerschaft.

Bestandteil des Konzeptes sollen die jährlichen Gesamtkosten sein, aufgeteilt nach:

- kompletten Bewirtschaftungskosten der einzelnen Kita-Einrichtungen
- den Öffnungszeiten-/ Organisationsregelungen

entsprechend des aktuellen KiföG des Landes M-V.

Gleichfalls sind in dem Gesamtkonzept herauszuarbeiten:

- der Sanierungsbedarf und die tatsächlichen Sanierungskosten sowie
- der Kostenplan für einen eventuellen Neubau je Kita

In diesem Zusammenhang sind die Alternativen, Sanierung der bestehenden Gebäude und Neubau von neuen Kitas in Trägerschaft der Stadt Hagenow hinsichtlich ihres Umsetzungsrahmens zu analysieren auf:

- den zeitlichen Umsetzungshorizont,
- entstehende Kosten und den Finanzierungsbedarf der Umsetzung der Alternativen,
- den personellen Bedarf für die Kitaalternativen und
- Regelungen in der Übergangsphase eines eventuellen Neubaus oder einer Sanierung.

Abstimmungsergebnis:

22	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----	------------	---	--------------	---	--------------

14. Freischaltung von JavaScript auf den iPads der Gremienmitglieder 2018/0005

Beratungsergebnis aus dem vorberatenden Gremium:

Hauptausschuss:

4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Herr Baalhorn unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit seines Anliegen aus der letzten Stadtvertretersitzung, die iPads auch im JavaScript-Bereich freizuschalten. Dass die Maßnahme, JavaScript auf den iPads zu aktivieren, nicht umgesetzt werden soll, sei für ihn keineswegs nachvollziehbar.

Fachbereichsleiter Herr Hochgesandt stellt richtig, dass nicht die Stadtverwaltung, sondern das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik diese Bedenken vorbringt. Es sei unsere Pflicht, auf diese Sicherheitsbedenken aufmerksam zu machen.

Auf die Gefahren und Risiken im Umgang mit JavaScript weist Herr Jarsch, IT-Mitarbeiter der Verwaltung, ausführlich hin. Er nennt u.a. verschiedene bekannte sicherheitsrelevante Schwachstellen, die bei Ausführung von JavaScript-Code Schäden auf den iPads anrichten können.

Dass die Kreistagsmitglieder diese Funktion schon von Anfang an auf ihren Geräten haben, betont Frau Benzien. Da stelle sich ihr doch die Frage, ob diese Sicherheitsbedenken nicht für die Mitglieder des Kreistages gelten!

Herr Wrankmore äußert Bedenken hinsichtlich der Haftung bei evtl. auftretenden Schäden auf den iPads.

Mit einem Antrag zur Geschäftsordnung bittet Herr Baalhorn um Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die ausgegebenen iPads der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner für die Nutzung von JavaScript freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

15	Ja-Stimmen	6	Nein-Stimmen	1	Enthaltungen
----	------------	---	--------------	---	--------------

15. Schließung des öffentlichen Teils

Stadtvertretervorsteherin Frau Dr. Meier schließt um 19:15 Uhr den öffentlichen Teil und bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Interesse.

Frau Dr. Meier
Vorsitz

Wiepcke
Schriftführung